

26

82

Union in Deutschland

Bonn, den 9. September 1982

Frieden und Freiheit bleiben die zentrale Frage

Helmut Kohl hat davor gewarnt, angesichts der drängenden innenpolitischen und wirtschaftspolitischen Probleme die Überlebensfragen der Außen- und Sicherheitspolitik zu vernachlässigen. Vor dem Bundesvorstand der CDU erklärte er am Montag in Berlin: „Alle Bemühungen um eine Lösung der wichtigen innenpolitischen Fragen wären umsonst, wenn wir in der zentralen Frage des Erhalts von Frieden und Freiheit versagen würden.“

Der Bundesvorsitzende betonte die Entschlossenheit der Union, an der guten Tradition, regelmäßig in Berlin zu tagen, festzuhalten. Dies sei schon deshalb notwendig, weil in Berlin — wie in einem Brennspeigel — die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen zusammengefaßt würden. „Hier in Berlin ereignen sich schon heute Dinge, die morgen auch auf die Menschen in der Bundesrepublik zukommen.“

In Berlin tagte am Montag und Dienstag auch die Bundestagsfraktion und bereitete sich auf die Debatte über den Bericht zur Lage der Nation und den Haushalt 1983 vor.

Helmut Kohl erinnerte an die von den DDR-Behörden verfügte Einreiseverweigerung gegen den rheinland-

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ HAUSHALT '83

Regierungsvorlage ist ein weiterer Schritt auf dem Weg der Täuschungen Seite 5

■ ARBEITSLOSIGKEIT

SPD und FDP sind auch in der Beschäftigungspolitik handlungsunfähig Seite 6

■ FRIEDENS- SICHERUNG

Sicherheit und Freiheit hängen von unserer Verteidigungsbereitschaft ab Seite 7

■ ENERGIE

Standortfibel gibt Hilfe für Bürger und Politiker vor Ort Seite 11

■ BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

Sieben-Punkte-Offensive der Union kann die Krise meistern Seite 13

■ DOKUMENTATION

Die Europapolitik der Sozialdemokraten grüner Teil

■ ÖFFENTLICHKEITS- ARBEIT

Aktion 3. Welt; Neuvorstellungen rosa Teil

■ INFORMATION

Nach Abschluß des Studiums Studentenwohnung räumen

Um zu verhindern, daß Studenten und Lehrlinge nach Beendigung ihres Studiums und ihrer Ausbildung den generellen Mieterschutz in den von ihnen benutzten Wohnungen weiterhin in Anspruch nehmen und in diesen Heimen wohnen bleiben, hat der Vermittlungsausschuß, wie der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Anton Pfeifer, erklärte, beschlossen, Studentenwohnheime in öffentlich-rechtlicher und privater Trägerschaft sowie Lehrlingswohnheime aus den Vorschriften über Kündigung, Mieterhöhung und Mietkautionsherauszunehmen.

Nach Angaben der Wissenschaftsorganisationen ist in den nächsten Jahren mit einem Ansteigen der Studentenzahlen von derzeit 1 Mio. auf bis zu 1,4 Mio. Studenten zu rechnen. Deshalb werden die Wohnraumprobleme, insbesondere der Studenten, zunehmen. Diese Situation

(Fortsetzung von Seite 1)

pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel und den Vorsitzenden der CDU-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag, Heiko Hoffmann; er versicherte, daß die CDU diesen Verstoß gegen die innerdeutschen Verträge nicht hinnehmen werde. „Auf der anderen Seite kann uns das nicht davon abhalten, wo und wann immer dies geht, in die DDR zu reisen und mit den Menschen dort zu sprechen.“ Die Rechnung der DDR-Machthaber, durch bürokratische Schikanen ihre Politik der Abgrenzung auch auf den menschlichen Bereich auszudehnen, werde nicht aufgehen.

wird dadurch verschärft, daß die Bundesregierung einseitig aus der Mitfinanzierung des Studentenwohnraumbaus ausgestiegen ist. Wenn dann noch Studenten nach Beendigung ihres Studiums die Mieterschutzbestimmungen in Anspruch nehmen und damit verhindern, daß ihre Wohnraumplätze für die nachrückenden Studenten frei werden, wird der Mieterschutz in sein Gegenteil verkehrt.

Im Wahllokal muß jede Beeinflussung unterbleiben

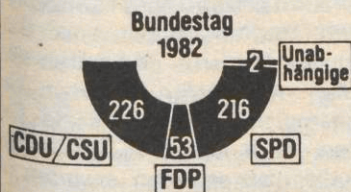
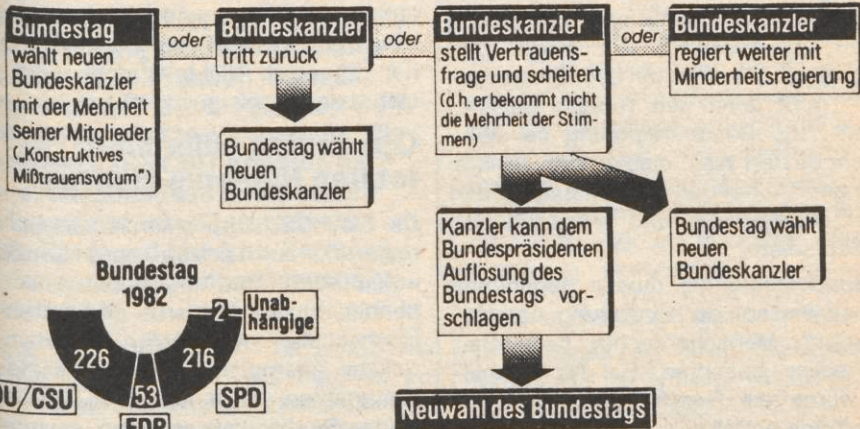
Ein Wahlhelfer muß parteineutral und ohne jeden Anschein von Einflußnahme seinen Ehrendienst erfüllen. Dies geht aus einem Urteil des Oberlandesgerichtes Celle hervor. Das Gericht verurteilte einen Sozialarbeiter und Atomkraftgegner, der im Herbst 1981 bei den niedersächsischen Kommunalwahlen als ehrenamtlicher Wahlhelfer mitgewirkt hatte, zu einer Geldbuße von 100 Mark, weil er sich damals weigerte, die sichtbar getragene Plakette mit der Aufschrift: „Atomkraft? Nein danke“ während des Dienstes abzulegen. Der Sozialhelfer berief sich seinerzeit auf sein Recht der freien Meinungsäußerung.

Zur Lage in Bonn mahnte Helmut Kohl: Die Union darf sich durch die vielen widersprüchlichen Berichte und Gerüchte über den inneren Zustand der SPD/FDP-Koalition in Bonn nicht verwirren lassen. Die Union ist bei den Bundestagswahlen 1980 mit der Rolle der Opposition betraut worden und bereit, diese wichtige Aufgabe in unserem demokratischen Staat wahrzunehmen. Sollte sie vor 1984 in die Lage kommen, die Regierungsverantwortung zu übernehmen, so wird sich die CDU dieser Herausforderung stellen. Die Union ist bereit und gerüstet, die politische Verantwortung in der Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen.

Wenn die Koalition zerbricht

Wege zum Regierungswechsel

Mit der Amtszeit des Kanzlers endet stets auch die Amtszeit der Minister



Der Kanzler ist nur schwer zu stürzen

In Bonn redet man von „Wechsel“ und von „Wende“, vom Absprung der FDP und von Neuwahlen. Aber die Väter des Grundgesetzes haben, unter dem Eindruck der Instabilität der Weimarer Republik, einen vorzeitigen Regierungswechsel so schwer wie möglich gemacht. Dies wird insbesondere durch die starke Position des Bundeskanzlers erreicht. Einmal gewählt, kann er nur gestürzt werden, wenn der Bundestag mehrheitlich einen neuen Kanzler wählt. Die anderen Wege zum Regierungswechsel kontrolliert der Bundeskanzler selbst. So liegt es in seiner Hand, ob Neuwahlen angesteuert werden können: Zuerst muß er die Vertrauensfrage stellen; wenn er keine Mehrheit bekommt, kann er dem Bundespräsidenten die Auf-

lösung des Bundestages vorschlagen; der Bundespräsident kann dies innerhalb von 21 Tagen tun, wenn das Parlament nicht zuvor einen neuen Kanzler wählt. Der Kanzler kann auch mit einer Minderheitsregierung im Amt bleiben, solange es nicht zum „konstruktiven Mißtrauensvotum“ kommt.

Debatte über Zwangsarbeit bei Pipeline-Bau

Die CDU/CSU will die Berichte über den angeblichen Einsatz von 100 000 sowjetischen Zwangsarbeitern beim Bau der umstrittenen Erdgaspipeline nach Westeuropa nach den Parlamentsferien im Bundestag zur Sprache bringen, kündigte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Friedrich Zimmermann an. Er warf dabei Bundeskanzler Schmidt vor, mit seinem Dementi der Berichte „noch schneller bei

der Hand gewesen zu sein als der Kreml“ und damit „den Weg zur Selbstfindlandisierung beschritten“ zu haben. Die FDP müsse nun „laut und unmißverständlich“ sagen, ob dies auch ihr Weg sei.

Nach Auffassung Zimmermanns ist die Bundesrepublik „in der Gefahr, sich zum Handlanger von staatlicher Zwangsarbeit und der Unterdrückung von Menschenrechten zu machen“. Die Frage der Menschenrechte dürfe bei dem Erdgasgeschäft „nicht unter den Teppich gekehrt werden“. Die Bundesregierung sei aber auf dem besten Weg, dies zu tun, da ihre bisherigen Antworten auf Anfragen der Union „ausweichend und nichtssagend“ gewesen seien.

Die Bundesregierung müsse gegenüber den Sowjets auf der Einhaltung der elementarsten Menschenrechte beim Bau der Pipeline bestehen. Bei Nichteinhaltung würde die Geschäftsgrundlage für die Verträge entfallen.

Ahnungslose Künstler laufen den Kommunisten ins Netz

Zu der für den 11. September in Bochum von Kommunisten und den von ihnen beeinflussten Gruppen geplanten Veranstaltung „Künstler für den Frieden“ zur Unterstützung des Krefelder Appells wollen die Unionsabgeordneten Carl-Dieter Spranger, Karl Miltner und Hans-Joachim Jentsch im Rahmen einiger parlamentarischer Anfragen von der Bundesregierung u. a. wissen, wann und in welcher Form sie in den Kreisen der für die Mitwirkung an dieser kommunistischen Tarnveranstaltung geworbenen nicht-kommunistischen Künstler gezielt Aufklärung geleistet hat, um ihnen mit Hilfe einer umfassenden Tatsacheninformation ein begründetes Urteil über den organisierten Mißbrauch ihrer Friedensliebe zu ermöglichen.

Die Abgeordneten erklärten dazu: Der Einsatz bewährter DKP-Funktionäre wirft

ein Schlaglicht auf die Bedeutung, die die DKP dem öffentlichkeitswirksamen Auftreten zahlreicher bekannter nicht-kommunistischer Künstler für den Krefelder Appell beimißt. Wie eindeutig der Krefelder Appell auf kommunistische Initiative zurückgeht und wie einseitig er sowjetischen Zielen dient, haben die Bundesregierung auf Unionsfragen und die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen schon früher mitgeteilt. Nichts spricht dafür, daß sich daran etwas geändert hat.

Opposition befürchtet totalen Numerus clausus

Die CDU/CSU-Opposition hat die Bundesregierung zur Vorlage eines Konzeptes aufgefordert, das angesichts eines drohenden totalen Numerus clausus an den Hochschulen Abiturienten attraktive berufliche Alternativen aufzeigen sollte. Die Abiturienten, die in den nächsten Jahren keinen Studienplatz erhielten, erwarten zu Recht, daß die Regierung ihnen Bildungsangebote mit überschaubaren Berufschancen vorlege, erklärte ihr bildungspolitischer Sprecher, Anton Pfeifer, in Bonn. Er verwies auf eine sich bereits zum kommenden Wintersemester drastisch verschärfende Situation an den Hochschulen. In diesem Sommer hätten sich 45 000 junge Leute um einen Studienplatz in den medizinischen Fächern beworben, obgleich nur 8 500 Plätze zur Verfügung ständen.

Bessere Markierung der Radwege

Der CDU-Abgeordnete Dirk Fischer hat das Bundesverkehrsministerium aufgefordert, für eine bessere Anlage von Radwegen zu sorgen. Angesichts der Zahl von 600 tödlich verunglückten und 13 000 schwerverletzten Radfahrern im vorigen Jahr sei es erforderlich, Radwege besser zu markieren.

■ HAUSHALT '83

Regierungsvorlage ist ein weiterer Schritt auf dem Weg der Täuschungen

Nach Abschluß einer zweitägigen Klausurtagung der Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages in Berlin erklären der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Haushaltsausschuß und dessen Stellvertreter, die Abgeordneten Erich Riedl und Manfred Carstens, zu den bevorstehenden Haushaltsberatungen:

Der Haushaltsentwurf 1983 und der Nachtragsentwurf 1982 beruhen auf unhaltbaren Wirtschaftswachstumsannahmen und unrealistischen Einschätzungen der Arbeitsmarktentwicklung. Diese Bewertung wird von allen unabhängigen Sachkennern geteilt. Auch der Bundeskanzler, der Bundeswirtschaftsminister und der Bundesfinanzminister haben wiederholt öffentlich zugeben müssen, daß den Haushaltsvorlagen der Regierung nicht mehr wirklichkeitsgerechte Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten zugrunde liegen. Der Bundesregierung geht es bloß noch darum, mit einem Scheinhaushalt über die Hürden der kommenden Landtagswahlen zu kommen.

Es ist davon auszugehen, daß im Haushalt 1982 eine zusätzliche Lücke von ca. 3 Milliarden Mark und im Haushaltsentwurf 1983 eine Lücke von etwa 10 Milliarden Mark klafft. Das wird inzwischen auch von SPD-Politikern wie dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Liedtke und dem Abgeordneten Roth eingestanden.

Die CDU/CSU-Fraktion hat deshalb beantragt, die falschen Haushaltsvorlagen zu

rückzuziehen und unverzüglich einen überarbeiteten Nachtragshaushalt für das Jahr 1982 sowie einen neuen Haushaltsentwurf 1983 und einen neuen Finanzplan auf der Grundlage wirklichkeitsgerechter Annahmen zur Wirtschaftsentwicklung und zur Entwicklung der Arbeitslosenzahlen vorzulegen. Die Haushaltsgruppe der CDU/CSU-Fraktion bekräftigt diese Anforderung mit Nachdruck.

Darüber hinaus gilt grundsätzlich:

1. Wir brauchen einen finanzpolitischen Neubeginn mit ehrlicher Bestandsaufnahme und Kassensturz.
2. Durch konsequentes Sparen müssen die zerrütteten Staatsfinanzen in Ordnung gebracht und der durch das Grundgesetz festgelegte Begrenzung der Neuverschuldung wieder Geltung verschafft werden.
3. Als Sofortmaßnahme müssen alle staatlichen Subventionen und Ausgaben-gesetze um einen linearen Satz gekürzt werden.
4. Eine Erhöhung der ohnehin schon zu hohen Steuer- und Abgabenlast ist in unserer Lage Gift und wird abgelehnt.
5. Ebenso abgelehnt wird die Verschiebung von finanziellen Lasten aus dem Bundeshaushalt auf andere Träger.
6. Die CDU/CSU will nicht sparen um des Sparens willen, sondern auf diese Weise Freiräume schaffen für Wirtschaft und Private, denn nur so kann es zu einer dauerhaften Gesundung der wirtschaftlichen Lage kommen.

■ ARBEITSLOSIGKEIT

SPD und FDP sind auch in der Beschäftigungspolitik handlungsunfähig

Erwartungsgemäß ist im August die Zahl der Arbeitslosen erneut angestiegen. Der Rückgang der gemeldeten offenen Stellen auf unter 100 000 ist ein Alarmsignal, erklärt der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Wolfgang Vogt.

Die Agonie der Bundesregierung lähmt Wirtschaft und Gesellschaft. Ihr Haushaltsentwurf 1983 ist auf Sand gebaut. Weder Arbeitnehmer noch Unternehmer wissen, wo diese Bundesregierung die fehlenden Milliardenbeträge herholen und welche Rahmenbedingungen sie erneut verändern will. Ohne grundlegende Änderungen der Politik werden die 80er Jahre zu Jahren der Arbeitslosigkeit werden. Wir brauchen einen neuen Anfang durch eine neue Politik. Die Arbeitnehmer wissen, daß diese Koalition dazu nicht mehr in der Lage ist.

Zu den neuesten Arbeitsmarktdaten erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Heinz Franke: Die globalen Arbeitsmarktzahlen für Ende August 1982 — Arbeitslosigkeit von fast 1,8 Millionen, saisonbereinigt sogar von über 1,9 Millionen erstmalig weniger als 100 000 gemeldete offene Stellen — si-

gnalisieren für 1982 eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit von weit über 1,8 Millionen und eine Arbeitslosenquote von über 7,5 Prozent.

Die Belastungen des Bundeshaushalts durch Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit und Kosten der Arbeitslosenhilfe werden für 1982 weit über die Haushaltsansätze einschließlich Nachtragshaushalt von insgesamt 11,9 Milliarden DM hinausgehen. Es müssen weitere Nachforderungen bis zu zwei Milliarden zusätzlich kalkuliert werden. Für den Bundeshaushalt 1983 sind für die entsprechenden Positionen annähernd vier Milliarden DM zu wenig angesetzt, wenn es im Jahresdurchschnitt 2,1 Millionen Arbeitslose statt der von der Bundesregierung angenommenen 1,85 Millionen geben sollte.

Die Gemeinden als Sozialhilfeträger werden neben ohnehin steigenden Belastungen für die Sicherung des Lebensbedarfs für Arbeitslose und ihre Familien zusätzlich Milliardenbeträge aufbringen müssen; in einzelnen Fällen werden die Länder in Anspruch genommen werden müssen, um Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden. Fehlende Perspektiven für viele Arbeitslose.

Besorgniserregend ist die zur Zeit hoffnungslose Situation für manche Gruppen von Arbeitslosen:

— Für viele junge Menschen fehlen nicht nur Ausbildungsplätze, sondern auch Arbeitsplätze nach Abschluß der Ausbildung; außer 185 000 Arbeitslosen unter 20 Jahren sind weit mehr als 300 000 20- bis 25jährige arbeitslos.

— Das Problem der Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer und Behinderter verschärft sich zunehmend durch Insolvenzen von Unternehmen und Teilstilllegungen von Betrieben besonders in strukturschwachen Regionen, ferner durch Einschränkungen der Beschäftigtenzahlen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um ein Drittel im Vergleich zum Vorjahr.

■ FRIEDENSSICHERUNG

Sicherheit und Freiheit hängen von unserer Verteidigungsbereitschaft ab

Die Schicksalsfrage unserer Außen- und Sicherheitspolitik lautet, ob es uns auch im kommenden Jahrzehnt gelingt, die Gefahr eines Krieges — eines nuklearen wie eines konventionellen — zu bannen, ohne unsere Freiheit zu verspielen. Die CDU/CSU ist fest davon überzeugt, daß dies mit einer Politik aktiver Friedenssicherung — wie wir sie planen — möglich ist, erklärten der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Manfred Wörner, und der für Abrüstung und Rüstungskontrolle in der Fraktion zuständige Abgeordnete Todenhöfer.

Wir träumen nicht von einer konfliktfreien Welt. Aber wir sind zuversichtlich, daß es gelingen wird, die Konflikte friedlich zu lösen. Voraussetzung ist allerdings eine realistische Politik. Es wäre ebenso gefährlich, sich Illusionen hinzugeben wie vorschnell vor unangenehmen Gegebenheiten zu kapitulieren. Wir müssen von der Welt ausgehen wie sie ist, um sie schrittweise zum Besseren zu verändern. Zu dieser Welt gehört leider auch die bestehende und noch für absehbare Zeit anhaltende Machtrivalität zwischen Ost und West. Zu dieser Wirklichkeit gehört eine totalitäre — wenngleich ideologisch weitgehend steril gewordene — Sowjetunion, die auf militärische Macht setzt, und sei es auch nur, um mit Hilfe militärischer Überlegenheit den politischen Sieg über den Westen im Frieden zu erreichen.

Der Schlüssel zu einer friedlicheren Welt liegt darum in unserem Verhältnis zur Sowjetunion und darin, ob es uns gelingen wird, die Sowjetunion dazu zu bringen, ihre Politik des Gebrauchs militärischer Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele aufzugeben, den Rüstungswettlauf einzustellen und zu einem ausschließlich friedlichen Wettbewerb zwischen den Staaten in Ost und West überzugehen. Der Westen ist dazu bereit.

Die CDU/CSU ist für Entspannung, die diesen Namen verdient — und sich also auf ein Mehr an Menschenrechten und Austausch gründet — und für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR unter der Voraussetzung politisch-militärischer Selbstbeschränkung der Sowjetunion. Wir sind gegen Konfrontation und gegen einen Wirtschaftskrieg mit dem Osten. Die Sowjetunion kann aber nicht beides zugleich haben: ungeschmälerter Hilfe des Westens und gewaltsame Machtausbreitung auf Kosten des Westens. Wir brauchen daher die Kombination von Anreizen zur Zusammenarbeit einerseits und von angemessenen Reaktionen bei Verstößen gegen den Grundsatz des friedlichen Wettbewerbs andererseits. Mit anderen Worten: Wir brauchen auch im wirtschaftlichen Bereich eine Strategie flexibler Reaktion. Dazu braucht es eine einheitliche westliche Politik. Wir schlagen daher vor, im Westen ein ständiges Organ der gegenseitigen Information und Konsultation im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Osten zu schaffen.

Entscheidend für die Erfolgsaussichten einer Politik der Friedenssicherung bleibt

der Zusammenhalt und die Entschlossenheit des westlichen Bündnisses sowie die Unteilbarkeit der europäisch-amerikanischen Sicherheit. Für die CDU/CSU hat die Festigung der Sicherheitspartnerschaft mit unseren westlichen Verbündeten Priorität.

Zu einer realistischen Friedenspolitik gehört die Erkenntnis, daß auf absehbare Zeit zur Verhinderung von Kriegen — nuklearen wie konventionellen — zwischen Ost und West auf Abschreckung — auch auf nuklearer Abschreckung —, nicht verzichtet werden kann. Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft bleiben zur Erhaltung unserer Sicherheit und Freiheit unabdingbar. Das heißt nicht, daß wir vor dem nuklearen Verhängnis kapitulieren und uns ergeben mit dieser schicksalhaften Verstrickung abfinden müssen. Es gibt einen Weg — nur einen einzigen realistischen Weg — um dieses Dilemma zu entschärfen.

Dieser Weg führt über

— beiderseitige, gleichgewichtige und kontrollierte Abrüstung

— den schrittweisen Aufbau einer politischen Friedensordnung der Freiheit und des Rechts, der wechselseitigen Rücksichtnahme, des Interessenausgleichs, der friedlichen Konfliktregelung und der Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit.

Diesen Weg zu gehen sind wir fest entschlossen. Darum tritt die CDU/CSU leidenschaftlich für Abrüstung ein, und zwar für Abrüstung mit Sicherheit. Ebenso entschieden wenden wir uns allerdings gegen einseitige Abrüstung, weil sie — wie die geschichtlichen Erfahrungen bis in unsere Tage beweisen — zum Krieg und nicht zum Frieden führt. Auch ein Einfrieren der Nuklearwaffen macht den Frieden nicht sicherer. Wir wollen nicht einfrieren, sondern Nuklearwaffen auf ein möglichst niedriges, gleichgewichtiges Niveau abbauen.

Mit einem solchen Programm des Rüstungsabbaus müßte die Grundsatzver-

pflichtung der Industrieländer, aber auch der Entwicklungsländer selbst einhergehen, bisher für Rüstung aufgewandte Mittel für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Welt einzusetzen.

Ein solches Ziel klingt auf den ersten Blick zu optimistisch, ja utopisch. Es ist es dann nicht, wenn der Westen es geschlossen und entschlossen vertritt und sich weder spalten noch seine Position einseitig aufweichen läßt. Nach unserer festen Überzeugung gibt es trotz aller Schwierigkeiten angesichts der auch für den Ostblock immer drückender werdenden Rüstungslasten eine reelle Chance für wirkliche Abrüstung. Dies allerdings nur dann, wenn der Sowjetunion klar wird, daß der Weg der Aufrüstung und der militärischen Überlegenheit keine Aussicht auf Erfolg bietet.

Wir appellieren an die UdSSR, endlich von Worten zu Taten überzugehen und in Genf und Wien auf die vielen Vorleistungen des Westens mit einem überzeugenden Zeichen der Abrüstung zu antworten.

Wir hoffen, daß es zu einer Konferenz über Abrüstung in Europa kommt. Unabdingbar ist, daß im Rahmen der KSZE ein klares und präzises Verhandlungsmandat verabschiedet und der KSZE-Zusammenhang gewahrt wird.

In einer ersten Rede muß über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im gesamten Europa, d. h. vom Atlantik bis zum Ural verhandelt werden. Zielsetzung muß hierbei vor allem die Transparenz der Sicherheitslage durch Offenlegung der militärischen Potentiale und ihrer Aktivitäten, der strategischen Doktrinen und der tatsächlichen Rüstungsausgaben sein.

In einem weiteren Verhandlungsabschnitt könnte dann über konkrete Schritte der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung in ganz Europa gesprochen werden. Die USA und Kanada sind als Mitgaranten europäischer Sicherheit in vollem Umfang zu beteiligen.

■ KOALITION

Genossenjob in Hessen für Atomkraft-Skeptiker

In der hessischen „Regierung Börner“ herrscht offenkundig eine „Rette-sich-wer-kann-Stimmung“. Kurz vor den Landtagswahlen am 26. September wird munter rote Beutepolitik betrieben. So wurde jüngst trotz zahlreicher Widerstände ein sozialdemokratischer Gerichtspräsident durchgeboxt. Zu verantworten vom hessischen Sozialminister.

Jüngster Coup des Ministerpräsidenten: Am möglichen Standort der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Brennelemente im nordhessischen Frankenberg-Wangershausen wird ein sogenanntes „Informationsbüro Überhorst“ eingerichtet. Dort soll nach dem Willen des hessischen Regierungschefs der frühere Vorsitzende der Bundestags-Enquetekommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“, Reinhard Überhorst, die Bevölkerung über Fragen der Wiederaufarbeitung informieren. Dazu erklärt MdB Dieter Weirich:

Es ist schlechter Stil, einen aktiven SPD-Politiker, der zusammen mit Hans-Jochen Vogels „letztem“ Aufgebot als Senator nach Berlin ging und dort bei der Wahl scheiterte, kurz vor einer landespolitischen Entscheidung mit einer solchen Aufgabe zu betrauen. Zwar ist Überhorsts Auftrag zunächst bis Ende Dezember dieses Jahres befristet, doch wird man den Verdacht nicht los, daß hier ein verdienter Genosse nur mal wieder mit einem Job bedient werden soll.

Kassel „atomwaffenfreie Zone“

Als zweite hessische Kommune nach Mörfelden-Walldorf hat sich jetzt die Stadt

Kassel zur „atomwaffenfreien Zone“ erklärt. Die beiden Kasseler „Koalitionsfraktionen“ von SPD und Grünen beschlossen in einer nächtlichen Sitzung des Gemeinderats, „im Rahmen des geltenden Rechts keine Maßnahmen zu unterstützen, die der Stationierung oder Lagerung von Atomwaffen im Bereich der Stadt dienen“. Sie beauftragten den Kasseler Magistrat, darauf hinzuwirken, daß die Herstellung, der Transport und die Lagerung atomarer, biologischer und chemischer Waffen in der Stadt verhindert werden.

Die beiden Oppositionsfraktionen von CDU und FDP lehnten eine Diskussion über den SPD-Antrag samt einem Zusatz der Grünen ab und blieben der Abstimmung fern.

Judo-Chef setzte privat auf Hilfe der CDU

Die Jungliberalen sollen, der „Welt“ zufolge, auf dem FDP-Bundesparteitag im November in Berlin auch in finanzieller Hinsicht gegenüber den Jungdemokraten gleichgestellt werden. Dieses Ziel verfolgt der FDP-Vorsitzende Genscher, nachdem der Parteivorstand bereits die Aufnahme des Vorsitzenden der Jungliberalen, Otto, in das Führungsgremium beschlossen hat.

Die Jungliberalen haben zur Zeit 1300 Mitglieder bei steigender Tendenz. Es handelt sich dabei — im Gegensatz zu den Anhängern der Jungdemokraten — ausschließlich um Parteimitglieder.

Die Inkonsequenz des Vorsitzenden der Jungdemokraten, Lutz, hat Genscher in der FDP-Vorstandssitzung in Wiesbaden deutlich zu machen versucht. Lutz, der sich in Bonn gegen eine Koalition der FDP mit der Union wende, habe sich im Landkreis Peine von der CDU/FDP-Mehrheit zum gut bezahlten Dezernenten für Wirtschaftspolitik wählen lassen.

Sorgen hat die SPD in Hamburg ...!

Neun Stunden lang debattierte die SPD-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft — bis 2.30 Uhr. Worüber verbrachten die Politiker die Nacht?

Es gibt in der Hansestadt schwere Probleme:

Die Arbeitslosigkeit geht steil in die Höhe: 57 000 stehen auf der Straße, davon 20 000 Jugendliche.

Die Schulden wachsen über Hamburgs Türme. Für 1982 werden sie auf über 10 Milliarden Mark geschätzt.

Aber darüber debattierten die SPD-Abgeordneten nicht. Sie stritten stundenlang über einen Antrag der Grünen Alternativen Liste (GAL), Hamburg zur „atomwaffenfreien Zone“ zu machen.

Dem Bürger bleibt da nur die Frage: Wann wird Hamburg von der Unregierbarkeit befreit, wann werden endlich die wirklichen Probleme der Menschen angepackt? („Bild“, 2. September 1982)

Bonns Leisetreteri gegenüber Jaruzelski

Zur Anerkennung von Asylbewerbern aus Polen haben die Unions-Abgeordneten Friedrich Vogel und Anton Pfeifer zwei Fragen über Anzahl und Art von Asylanträgen und den Termin ihrer voraussichtlichen Genehmigung an die Bundesregierung gerichtet. Dazu geben die beiden Abgeordneten folgende Erläuterung:

Vor zwei Jahren hat die damalige polnische Staatsführung, gezwungen durch eine machtvolle Millionenbewegung der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen, mit der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität“ in Danzig eine Vereinbarung geschlossen, die der Bevölkerung ein Minimum an sozialen und politischen Grundrechten brachte. Hinter dieser Vereinbarung stand

das gesamte polnische Volk. Mit Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 hat die kommunistische Führung in Polen das Danziger Abkommen gebrochen, die unabhängige Gewerkschaft „Solidarität“ verboten und Tausende ihrer Mitglieder in Gefängnisse und Lager gesteckt.

Das polnische Volk hat sich der Unterdrückung nicht gefügt, wie die Demonstrationen der vergangenen Tage zeigen. Aber Tausende polnischer Bürger haben ihre Heimat verlassen müssen. Ein ausgesprochenes Ärgernis ist es, daß das zuständige Bonner Bundesamt seit Verhängung des Kriegsrechts in Polen, also seit fast 9 Monaten, kaum Entscheidungen über Asylanträge von polnischen Flüchtlingen getroffen hat. Unsere Solidarität mit dem polnischen Volk gebietet es, den politisch verfolgten und zu uns geflüchteten Polen den Schutz des Asylrechts schnellstmöglich zu gewähren. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß diese Asylanträge endlich entschieden werden.

DKP-Aktivitäten in der Wirtschaft

Auf die parlamentarische Anfrage des Obmannes der CDU/CSU-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages hat die Bundesregierung mitgeteilt, daß Anhaltspunkte für eine erhebliche finanzielle Unterstützung der DKP aus der DDR vorliegen, die weit mehr als 50 Millionen Mark betragen.

Es bestehen außerdem Erkenntnisse, daß in Einzelfällen Firmen, die der DKP nahe stehen, ausschließlich für DKP-Funktionäre gut dotierte Posten zur Verfügung gestellt haben. Miltner erklärte hierzu: Die Behauptung der DKP, sie habe lediglich Einnahmen in Höhe von ca. 15,8 Millionen Mark, ist deshalb frei erfunden.

ENERGIE

„Standortfibel“ gibt Hilfen für Bürger und Politiker vor Ort

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat bei einer Tagung am 25. und 26. März dieses Jahres unter Leitung des energiepolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Heinz Riesenhuber, die unterschiedlichen Probleme an Standorten für Energie- und andere Großanlagen erörtert; Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker haben gemeinsam diskutiert.

Einbezogen waren ebenso Vertreter der Betreibergesellschaften und der kommunalen Versorgungsunternehmen. Aus diesem umfassenden Gedankenaustausch entstand ein Tagungsbericht, und aus den Erfahrungen der Diskussion wurde eine „Standortfibel“ erarbeitet.

Die Fibel der Konrad-Adenauer-Stiftung geht von der Erfahrung aus, daß heute immer mehr industrielle Großprojekte oder öffentliche Infrastrukturprojekte zwar volkswirtschaftlich notwendig, politisch aber nicht durchsetzbar erscheinen. Sie fragt nach den Ursachen dafür und sucht nach Wegen aus diesem Dilemma.

Keinen Ausweg sieht die Standortfibel darin, unter dem Eindruck von Demonstrationen und Protesten von einem als richtig erkannten energiepolitischen Programm abzurücken.

Im einzelnen wird begründet, daß Energiesparen bzw. eine effizientere Nutzung der Energie eine Daueraufgabe bleibt, daß sich aber trotzdem ein Verzicht auf Kernenergie ebenso verbietet wie deren Beschränkung auf den Energiebedarf, der

mit fossilen Brennstoffen nicht abgedeckt werden kann. Kernenergie müsse aus energie- und industriepolitischen Gründen einen weitergehenden Beitrag zur Stromerzeugung in der Grundlast leisten. Ziel einer ausgewogeneren Energieversorgungsstruktur müsse es sein, daß Kohle, Öl und die übrigen Energieträger (Kernenergie, Erdgas und regenerative Energieträger) zu rund einem Drittel zur Versorgung beitragen.

Insbesondere die Kernenergie hat dieses energiepolitische Ziel wegen der erheblichen Verzögerungen beim Genehmigungsverfahren und der dadurch bedingten langen Bauzeiten bei weitem noch nicht erreicht. Sie stößt bei der Bevölkerung in den vorgesehenen Kraftwerkstandorten häufig auf Akzeptanzprobleme, die unterschiedlich geartet sind. Zum Teil resultieren sie aus einer einseitigen Darstellung der Vorzüge und Nachteile der verschiedenen Energieträger. Ein anderer Grund ist darin zu suchen, daß sich die Gegner der Kernenergie meist in Opposition zu dem befinden, was wirtschaftlich und technisch durchführbar ist, und das befürworten, was nicht machbar ist.

Die Standortfibel beschreibt deshalb die Umweltbelastungen von fossil gefeuerten Kraftwerken, von Kernkraftwerken und deren Entsorgungseinrichtungen. Sie zeigt die gegenwärtig praktizierten und die in der Entwicklung befindlichen Umweltschutzmaßnahmen auf. Außerdem behandelt sie die häufig vernachlässigten örtlichen und regionalen Arbeitsplatz-, Steuer- und Infrastruktureffekte und die

Auswirkungen einer großtechnologischen Anlage auf die Sozialstruktur und Kommunalpolitik.

Zum Abbau der Vollzugsdefizite bei energietechnischen Anlagen werden eine sachgerechte und umfassende Abwägung der regionalen und örtlichen Belastungen und Vorteile und ein sogenannter Umweltausgleich empfohlen. Das Ziel eines Umweltausgleiches wird darin gesehen, an den jeweiligen Standorten die unvermeidbaren Umweltbelastungen zu reduzieren bzw. zu kompensieren und die ökonomischen, steuerlichen und infrastrukturellen Vorteile zu mehren. Auf diese Weise sollen die globalen energiepolitischen Erfordernisse mit den lokalen und regionalen Umweltinteressen besser abgestimmt werden.

Gleichzeitig plädiert die Standortfibel dafür, das Verfahren zur Genehmigung von technischen Großanlagen zu entfrachten und die Diskussion über die Umweltbelastungen der verschiedenen Energieträger bzw. über die Möglichkeiten eines Umweltausgleichs bereits im Rahmen der Standortierungsplanung zu führen. Um die Konflikte in der Energiepolitik besser zu „verarbeiten“, wird schließlich eine bürgernahe Informationsarbeit beschrieben und befürwortet, die offen, rechtzeitig und umfassend informiert und darauf verzichtet, ein bestimmtes Konzept „verkaufen“ zu wollen. Für die betonte Rolle des Kommunalpolitikers bei der Information und Argumentation muß dieser vorbereitet sein. Er muß sich so weit wie möglich sachkundig machen, ohne den Anspruch zu erheben, Fachmann zu sein.

Er muß sich nicht nur mit der Rechtsmaterie vertraut machen, sondern auch mit dem, was Kollegen an anderen Standorten bei Vorhaben ähnlicher Art an konkreten Erfahrungen gesammelt haben.

Die Standortfibel kann angefordert werden beim: Institut für Kommunalwissenschaften der Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 5205 Sankt Augustin 1.

BFA Gesundheitspolitik lehnt Finanzausgleich der Krankenkassen ab

Der Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik der CDU sieht in dem Beschluß von SPD/FDP, durch die Absenkung der Beiträge der Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitslose zur Krankenversicherung auf 70 Prozent des Bruttoeinkommens das erwartete Defizit einiger Krankenkassen durch einen alle Krankenkassen umfassenden Finanzausgleich zu decken, einen Schritt zur Aufhebung der gewachsenen, bewährten Pluralität in der gesetzlichen Krankenversicherung, erklärte der Vorsitzende Fritz Beske, nach einer Sitzung des Ausschusses am 31. August 1982 in Bonn. Er forderte die Bundesregierung auf, den Beschluß zur Absenkung der Beiträge für Arbeitslose an die gesetzlichen Krankenkassen ausschließlich zur Sanierung des Bundeshaushalts zurückzunehmen, um die dadurch hervorgerufene ungerechtfertigte Belastung der Krankenkassen zu vermeiden.

Ferner befaßte sich der Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik in der Sitzung mit dem vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit vorgelegten Referentenentwurf zur Änderung der ärztlichen Approbationsordnung. Beske betonte, dieses Papier enthalte eine Reihe von diskutablen Vorschlägen, zum Beispiel die Wiedereinführung mündlicher Prüfungen und von Benotungen beim medizinischen Staatsexamen. Allerdings werde das grundlegende Defizit der gegenwärtigen Arztausbildung — fehlender Praxisbezug — in keiner Weise behoben. Beske äußerte die Befürchtung, daß die jahrelangen Versäumnisse der Bundesregierung in dieser Frage einen nicht wieder gutzumachenden Niveauverlust der ärztlichen Berufe nach sich ziehen könnten.

■ BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

Sieben-Punkte-Offensive der Union kann die Krise meistern

Die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich auf einer zweitägigen Klausurtagung in Darmstadt mit aktuellen Problemen der Haushalts- und Beschäftigungspolitik sowie der Renten- und Subventionspolitik beschäftigt.

Sie hatte ein ausführliches Gespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Gustav Fehrenbach. An der Klausurtagung haben der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, und als Sachverständige der Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung e. V., Dr. K. H. Oppenländer, der Senator für Gesundheit, Soziales und Familie in Berlin, Ulf Fink, sowie Ministerialdirektor Klein teilgenommen.

Zu dem Ergebnis der zweitägigen Klausurtagung erklärte der Vorsitzende Wolfgang Vogt: Ohne eine grundlegende Änderung der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Haushaltspolitik werden die 80er Jahre zu Jahren der Arbeitslosigkeit werden. Die Union hat durch ihre Sieben-Punkte-Offensive für eine neue Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik: „Arbeit für alle durch Soziale Marktwirtschaft“ ein Sachprogramm zur Überwindung der Krise vorgelegt. Voraussetzungen wirtschaftlicher Gesundheit und zur Verbesserung der Beschäftigungschancen sind:

— Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Arbeitnehmer, Rentner und Familien haben im Zuge bisheriger Einsparungsmaßnahmen erhebliche Vorleistungen er-

bracht. Die aktuellen Haushaltsbeschlüsse der Bundesregierung fordern erneut Rentnern, Arbeitslosen und Beitragszahlern zur Verringerung des Haushaltsdefizits erhebliche Opfer ab. Die Bundesregierung reißt die Sozialversicherung in den Strudel der Finanzmisere des Bundes.

Von den Haushaltsrisiken ist nicht nur die Sozialpolitik betroffen. Andere Haushaltsbereiche haben ebenfalls ihren Beitrag zu leisten. Subventionen sind zu kürzen, Finanzhilfen zurückzunehmen. Privilegien dürfen kein Tabu sein, Besitzstände nicht heiliggesprochen werden. Nur eine Politik, die die Lasten der Sanierung gleichmäßig und gerecht verteilt, kann auf die Zustimmung der Bürger und die Bereitschaft der Arbeitnehmer rechnen, weitere Verzichte zu leisten.

— Mehr private und öffentliche Investitionen sind der Schlüssel zu neuen Arbeitsplätzen. Deshalb müssen, wie das Programm der CDU Hessen es vorsieht, politische und bürokratische Investitionshemmnisse beseitigt werden. Wir fordern Fortschritte in der Vermögenspolitik, die geeignet sind, einerseits die Tarifpolitik zu entlasten, andererseits die Kapitalausstattung der Unternehmen zu verbessern, dadurch zur Stärkung der Investitionsfähigkeit der Betriebe beizutragen.

— Auch eine erhebliche Zunahme von Investitionen und Wachstum kann allein die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung in den 80er Jahren nicht erreichen. Die Beteiligung aller Arbeitnehmer, insbesondere der jungen Menschen, an der zur

Verfügung stehenden Arbeit, muß oberstes Ziel der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik sein. Arbeitszeitverkürzungen dürfen nicht tabuisiert werden. Auch in der Vergangenheit hat es Verkürzungen der Arbeitszeit gegeben; seit den 50er Jahren jährlich um durchschnittlich 0,8%. Arbeitszeitverkürzende Maßnahmen können in den nächsten Jahren einen Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit leisten. Mittelfristig werden Arbeitsangebot und -nachfrage nur durch wirtschaftliches Wachstum und arbeitszeitverkürzende Maßnahmen annähernd zum Ausgleich gebracht werden können. Die Hauptverantwortung für arbeitszeitverkürzende Maßnahmen liegt bei den Tarifpartnern.

Die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion teilt die Kritik der Gewerkschaften an der Haushaltspolitik der Bundesregierung. Die Gewerkschaften erfüllen durch die Kritik ihre Aufgabe der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen. Gewerkschaften sind nicht Befehlsempfänger oder dritte Koalitionspartner des Kanzlers. Die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion weist den Kanzlervorwurf des „rücksichtslosen Egoismus“ an die Adresse der Gewerkschaften entschieden zurück.

Zwischen Union und Gewerkschaften besteht ein breites Feld von Chancen fruchtbarer Zusammenarbeit. Die Notwendigkeit wirtschaftlichen Wachstums ist zwischen Union und Gewerkschaften unumstritten. In der Rentenpolitik treten DGB und Union für die Sicherung der bruttolohnbezogenen, dynamischen Rente ebenso ein wie für die Anerkennung von Erziehungsjahren im Rentenrecht. Die Union ist zur vertrauensvollen, fairen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften bereit.

Die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert die Arbeitnehmer Hessens auf, durch ihre Stimme bei der Landtagswahl am 26. September 1982

den fälligen Wechsel in der Regierungsverantwortung für das Land Hessen herbeizuführen. Die SPD hat das Vertrauen der Arbeitnehmer verspielt. Ihre Politik hat Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und eine tiefgreifende Krise des Systems sozialer Sicherung verursacht. Die Politik der Bundesregierung und SPD weist keinen Weg aus der Krise.

Für die Arbeitnehmer Hessens ist die CDU die politische Alternative:

— Der Anspruch der SPD, Partei der Arbeitnehmer zu sein, einst geschichtlich begründet, ist heute Geschichte. Die SPD ist gespalten. Sozialisten, Grüne und Traditionalisten kämpfen um die Macht in der SPD. Der arbeitnehmerorientierte Flügel der SPD ist auf der Verliererstraße.

— Grüne und Alternative schlagen aus der hilflosen Politik der Bundesregierung politisches Kapital. Unbestritten weisen Teile dieser Bewegung auf wesentliche Defizite der Politik hin, etwa auf Defizite im Bereich des Umweltschutzes. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die politischen Zielsetzungen dieser Gruppierung arbeitnehmerfeindlich, weil wachstumsverneinend rückwärtsgerichtet sind. Grüne und Alternative bieten jungen Arbeitnehmern keine Perspektive. Arbeit, soziale Sicherheit, ökonomischer und ökologischer Fortschritt jedenfalls sind auf der Grundlage der diffusen grünen Programme nicht zu haben.

Union wünscht umfassenden Jugendaustausch mit USA

Ein umfassender Jugendaustausch zwischen der Bundesrepublik und den USA ist nach Ansicht der CDU/CSU dringend erforderlich. „Die jungen Menschen beider Länder brauchen dringend gute und intensive Austauschmöglichkeiten, denn gegenseitige Kenntnis des anderen Landes und seiner Menschen sind Voraussetzung zur gegenseitigen Verständigung.

STICHWORT:

„Staffelmiete“

In dem derzeit laufenden Gesetzgebungsverfahren zur Verbesserung der schwierigen Lage auf dem Wohnungsmarkt spielt die Staffelmiete eine bedeutende Rolle. Es geht dabei um die Möglichkeit, die Miete für eine Wohnung stufenweise ansteigen zu lassen. Die Vertragspartner können bei Abschluß eines Mietvertrages steigende Mietzinsen frei vereinbaren. Das heißt also: Mieter und Vermieter müssen bereits bei Vertragsabschluß über die zukünftige Mietsteigerung einig sein.

Die Bundesregierung will Staffelmietverträge nur für den Wohnungsneubau — ab 1. Januar 1981 fertiggestellten Wohnraum — zulassen. Die Laufzeit darf aber zweijährig Jahre je Wohnung nicht überschreiten. Dabei ist gleichgültig, ob Staffelmietregelungen nur mit einem oder mit mehreren Mietern vereinbart werden.

Demgegenüber schlägt die Union vor, Staffelmieten auch für den vorhandenen Wohnungsbestand, und zwar für jede Wohnung beliebig oft, jedoch höchstens für zehn Jahre je Vertrag zuzulassen. Dafür spricht, daß in der sogenannten Mischkalkulation die Wirtschaftlichkeit aus dem vorhandenen Wohnungsbestand und aus künftigen Investitionen insgesamt ermittelt wird. Wer heute investieren will, muß das erforderliche Geld auch aus dem Bestand erwirtschaften. Daher ist die Möglichkeit von Staffelmietregelungen auch für den vorhandenen Wohnungsbestand erforderlich.

Die geplante Maßnahme kann allerdings nur durchgeführt werden, wenn auch weiterhin die soziale Absicherung durch das Wohngeld bestehen bleibt. Ohne diese soziale Komponente ist die Einführung der Staffelmiete für die Union unannehmbar. Im übrigen hält die Union auch weiterhin an dem Grundsatz fest, daß Kündigungen zum Zwecke von Mieterhöhungen ausgeschlossen bleiben müssen.

Union kämpft um die absolute Mehrheit

Mit politischen Aussagen gegen FDP, SPD und die Grünen hat der schleswig-holsteinische CDU-Vorsitzende, Ministerpräsident Stoltenberg, in Kiel den Vorwahlkampf zur Landtagswahl am 13. März 1983 eröffnet. Das Wahlziel der Union sei die absolute Mehrheit. Gleichzeitig kündigt er für die nächsten Jahre weitere Personaleinsparungen an, um den erforderlichen Spielraum für die Verbesserung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage zu gewinnen. Zusätzlich würden Entscheidungen zur Vereinfachung der Gesetze und der Verwaltung getroffen.

Noch vor der Landtagswahl will die Kieler Landesregierung im September im Bundesrat die Bundesregierung auffordern, Kürzungen bei den Gemeinschaftsaufgaben rückgängig zu machen, damit nicht noch mehr Arbeitsplätze verloren gingen. Statt dessen sollte nach Stoltenbergs Ansicht bei den nichtinvestiven Ausgaben nachhaltig gespart werden.

Nach einer Sitzung des CDU-Landesvorstandes und des Landesausschusses sagte Gerhard Stoltenberg zur FDP in Schleswig-Holstein, sie nehme jetzt betont linke Positionen ein. Das zeigten unter anderem ihre Beschlüsse des letzten Parteitages gegen die Außen- und Sicherheitspolitik Genschers in der Frage der NATO-Nachrüstung. Besondere Aufmerksamkeit verdiene auch ein Kongreß der FDP-Linken des Landes am 25. September in Norderstedt.

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

18. 9. *Frauenvereinigung Schleswig-Holstein, Hauptausschußsitzung, Kiel*
18. 9. *CDA Westfalen-Lippe Führungsseminar, Dortmund*
18. 9. *LV Schleswig-Holstein Landesvorstand, Kiel*
18. 9. *EAK Schleswig-Holstein Tagung, Kiel*
18. 9. *Frauenvereinigung Schleswig-Holstein, Landesdelegiertentag, Kiel*
- 20./23. 9. **CDA Bund**
Sozialsekretärskonferenz, Baden-Württemberg
21. 9. *KPV-Fachtagung „Europa und internationale Fragen“, Mainz*
23. 9. *LV Baden-Württemberg Bürgermeistertreffen, Kornwestheim*
23. 9. **KPV Bund**
Verleihung Konrad-Adenauer-Preis, Frankfurt
23. 9. **KPV Bund**
Bundesvorstand/Hauptausschuß, Frankfurt
23. 9. *LV Hessen*
Schlußkundgebung, Kassel

- 24./26. 9. **MIT Bund**
und Seidel-Stiftung Presseseminar, Straubing
24. 9. *MIT Westfalen-Lippe Vorstandssitzung, Dortmund*
24. 9. *LV Berlin Landesvorstand mit MdB, Berlin*
24. 9. *LV Berlin Landesausschuß (4), Berlin*
25. 9. **Frauenvereinigung Bund**
AK Medien, Bonn
25. 9. *CDA Baden-Württemberg Technologiekongreß, Sindelfingen*
25. 9. *Frauenvereinigung Saar Parlamentariertreff, Saarbrücken*
25. 9. *Landesverbände Rheinland und Westfalen Freundschaftstreffen, Revierpark Nienhausen*
25. 9. *CDA Schleswig-Holstein Jahreskongreß, Bad Bramstedt*
27. 9. **CDU-Präsidium**
Sitzung, Bonn
27. 9. **CDU-Bundesvorstand**
Sitzung, Bonn
27. 9. *LV Hessen Landesvorstand, Fernwald*
27. 9. *LV Hessen Landesausschuß, Fernwald*
28. 9. *LV Hessen Wirtschaftspolitischer Ausschuß, Wiesbaden*
29. 9. **MIT Bund**
Bundesvorstandssitzung, Bonn

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.

Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann, 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 22 14 31-502, (BLZ 370 100 50).

Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID